

Fragebogen Stadtratswahlen Zürich

Name, Vorname: **Martin Waser**

Zutreffendes ankreuzen

1. Wie wohnen Sie privat:

- Mietwohnung Genossenschaftswohnung
 Eigentumswohnung Einfamilienhaus

2. Sind Sie Vermieter?

- Ja Nein

3. Befürworten Sie das Ziel, den Anteil des gemeinnützigen Wohnungsbaus von einem Viertel auf einen Drittel zu erhöhen?

- Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

In den letzten Jahre konnte gut 30% erreicht werden. Aufgrund der regen Neubautätigkeit, das zu einer Vergrösserung des Wohnraumangebots geführt hat, ist der Anteil also gestiegen – eine erfreuliche Entwicklung.

4. Die Volksinitiative „Für bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume in der Stadt Zürich“ wendet sich gegen die vom Kanton diktierte Aufwertung der 2'600 städtischen Wohnungen in Fiskalliegenschaften und verlangt die Beibehaltung der bisherigen Kostenmiete. Unterstützen Sie die Initiative?

- Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Im privaten Wohnungsmarkt wird die Teuerung an MieterInnen weitergegeben. Die Frage, die sich deshalb stellen, sind, wie sähe eine gerechte Lösung aussähe und ob sich eine vollständige Entkoppelung verantworten lässt.

5. Sollen private Eigentümer verpflichtet werden, bei grösseren Neubauprojekten einen Mindestanteil der Wohnungen nach den Grundsätzen der städtischen Wohnbauförderung zu erstellen und zu bewirtschaften (Festsetzung von Zonen für preisgünstigen Wohnungsbau wie in der Stadt Zug)?

- Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Diese Massnahme erfordert allerdings eine Anpassung der rechtlichen Grundlagen auf kantonaler Ebene. Die Stadt kann ohne diese Voraussetzung nur sehr beschränkt handeln.

6. Sind Sie damit einverstanden, dass künftig Zweitwohnungen, Business-Appartements und Hotelnutzungen nicht mehr auf den Mindestwohnanteil angerechnet werden?

Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Die MieterInnen der Business-Appartements arbeiten in Zürich und sollen auch hier wohnen und Steuern bezahlen. In gewissen Gebieten kann der Anteil solcher Nutzungen allerdings das quartierverträgliche Mass übersteigen. Hier braucht es eine sorgfältige Analyse.

7. Sollen der Stiftung PWG jährliche Abschreibungsbeiträge zum Kauf von Liegenschaften zur Verfügung gestellt werden?

Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

3 Mio. Franken pro Jahr sind auf Antrag bereits möglich

8. Unterstützen Sie die Forderung, dass der Kanton mehr Mittel für die Wohnbauförderung bereitstellt (Aufhebung des heute gültigen 180-Mio-Franken-Deckels für Darlehen)?

Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

9. Sind Sie einverstanden, dass städtische Fördergelder für energetische Sanierungen nur ausgerichtet werden, wenn die Empfänger sich verpflichten, auf eine Kündigung der Mietverhältnisse zu verzichten und die Förderbeiträge zur Reduktion der Mieterhöhung einzusetzen?

Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Subvention können durchaus an Bedingungen geknüpft werden. Bei tiefgreifenden Sanierungen müssen MieterInnen – mindestens vorübergehend – ausziehen. Der mieterfreundliche Umgang von Privaten ist vermehrt einzufordern (Mustergültig: MieterInnen-Büro beim Abbruch Bernerstrasse/ Grünau (städt. Liegenschaftsverwaltung): Für sämtliche Betroffenen konnte eine gute Lösung gefunden werden.)

10. Unterstützen Sie die Bestrebungen des Mieterinnen- und Mieterverbandes, den mietrechtlichen Kündigungsschutz auf Bundesebene zu verstärken (Missbräuchlicherklärung von Kündigungen nur um eine höhere Miete zu erzielen, Einschränkung der Kündigungsmöglichkeiten bei Renovationen)?

Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

11. Was für weitere Massnahmen gedenken Sie zu ergreifen, um das Angebot an bezahlbaren Wohnungen zu sichern und zu erhöhen?

- **Die bewährte Wohnbaupolitik hat zu einem Zuwachs von über 20'000 EinwohnerInnen geführt und ist weiterzuführen.**
- **Das städtische Umfeld ist von einer grossen Dynamik geprägt, auch im baulichen Bereich. Die Stadt ist ein Ort der Veränderung. Dies ist der Charakter einer Lebendigen Stadt.**